

Arbeitslosigkeit weltweit auf neuem Höchststand

ILO-Bericht über globale Beschäftigungstrends

Die Zahl der Arbeitslosen auf der Welt erreichte 2005 trotz des kräftigen Wirtschaftswachstums von 4,3 Prozent einen neuen Höchststand. 191,8 Millionen Menschen waren Ende 2005 arbeitslos, 2,2 Millionen mehr als 2004 und 34,4 Millionen mehr als 1995. Die Arbeitslosenquote weltweit blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 6,3 Prozent. Dies ist das Ergebnis des globalen Berichts über Beschäftigungstrends (Global Employment Trends Brief), den die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in Genf vorgelegt hat.

"Der diesjährige Bericht zeigt einmal mehr, dass Wirtschaftswachstum allein die globalen Arbeitsmarktprobleme nicht zu lösen vermag", sagte ILO-Generaldirektor Juan Somavia. Dies müsse bei der Armutsbekämpfung berücksichtigt werden. "Wir sehen uns mit einer Beschäftigungskrise gigantischen Ausmaßes konfrontiert, die sich nicht von selbst auflösen wird. Wir brauchen daher neue Politikansätze, um diese Probleme anzugehen", so Somavia weiter.

In den Industrieländern einschließlich der Europäischen Union immerhin sank die Arbeitslosenquote von 7,1 Prozent im Vorjahr auf 6,7 Prozent Ende 2005. Der größte Anstieg bei der Arbeitslosigkeit, von 7,4 Prozent auf 7,7 Prozent ergab sich dagegen in Lateinamerika und der Karibik. In Osteuropa (außerhalb der EU) und den ehemaligen Sowjet-Republiken stieg die Quote von 9,5 Prozent auf 9,7 Prozent. Ostasien verzeichnete mit unverändert 3,8 Prozent die niedrigste Arbeitslosigkeit, während Nordafrika und der Nahe Osten mit 13,2 Prozent den höchsten Stand aufweisen.

In den meisten Volkswirtschaften gelang es nicht, ein wachsendes Inlandsprodukt in mehr Arbeitsplätze oder höhere Löhne und Gehälter zu übersetzen. Zusammen mit den gestiegenen Energiepreisen und Naturkatastrophen in zahlreichen Ländern hatte dies negative Auswirkungen vor allem für die ärmeren Bevölkerungsteile.

Nur 14,5 Millionen der weltweit 500 Millionen erwerbstätigen Armen gelang es somit im vergangenen Jahr, die absolute Armutsgrenze von einem US-Dollar Einkommen pro Tag zu überspringen. Von den 2,8 Milliarden Erwerbstätigen auf der Welt haben 1,4 Milliarden keine ausreichenden Einkünfte, um mit ihren Familien über die Grenze von zwei Dollar pro Tag zu kommen. Das sind immer noch genauso viele Menschen wie vor zehn Jahren, stellt die ILO in ihrem Bericht fest.

Von der Arbeitslosigkeit am schlimmsten betroffen sind dem ILO-Bericht zufolge Jugendliche, die rund ein Viertel der Weltbevölkerung im erwerbsfähigen Alter ausmachen. Rund die Hälfte der Arbeitslosen weltweit ist in der Altersgruppe zwischen 15 und 24 Jahren.

Armutsbekämpfung kann nur mit Hilfe von mehr und besseren Arbeitsplätzen erreicht werden, so die Schlussfolgerung der ILO. Die Überzeugung, dass Beschäftigung in den Mittelpunkt von Wirtschafts-, Sozial- und Entwicklungspolitik gerückt werden muss, setzt sich in der internationalen Politik zunehmend durch, wie etwa der UNO-Weltgipfel im vergangenen September zeigte.

Ansätze zur Lösung der globalen Beschäftigungskrise

Beitrag von Juan Somavia, Generaldirektor der International Labour Organisation (ILO), zum Weltwirtschaftsforum in Davos (Auszug):

Die globale Beschäftigungskrise hat weit greifende politische Folgen:

- In vielen Ländern macht sich aufgrund hoher Arbeitslosigkeit Enttäuschung breit, dass Demokratie nicht automatisch die wirtschaftliche Situation verbessert. Dies wiederum kann zur Bedrohung für die demokratischen Institutionen werden.

- Wahlen werden gewonnen mit dem Versprechen, mehr und bessere Jobs zu schaffen. Aber wenn die Versprechen nicht eingehalten werden können, leidet die Glaubwürdigkeit der jeweiligen Parteien darunter – was populistischen oder autoritären Strömungen Aufschwung geben kann.
- Der Widerstand gegen durchaus sinnvolle ökonomische Reformen wächst, da viele Menschen das Gefühl haben, Verlierer der Globalisierung zu sein.
- Protektionistische Tendenzen sind auf dem Vormarsch.
- Forderungen nach stärkerer Begrenzung der Migration mit fremdenfeindlichem Unterton werden lauter.
- Die Arbeitsplatzunsicherheit, die viele mit der Globalisierung in Zusammenhang bringen, wächst und führt selbst in der Mittelschicht zu einer Erosion des Sicherheitsgefühls. Die neue Konkurrenz durch Länder wie China und Indien mag zwar zu einer neuen Wirtschaftsdynamik führen, aber eben auch zu mehr Unsicherheit.

Selbst die Wirtschaft zahlt einen hohen Preis für den Mangel an menschenwürdiger Arbeit, nicht nur in Bezug auf die Unternehmensgewinne, sondern auch auf die öffentliche Akzeptanz der Unternehmen. Sie geraten zunehmend in die Kritik für an sich vollkommen normale Geschäftsentscheidungen wie Outsourcing, Produktionsverlagerungen oder Auslandsinvestitionen. Umfragen zeigen, dass vor allem in benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen transnationale Konzerne, aber auch die Marktwirtschaft an sich immer negativer bewertet werden.

Immer mehr Menschen fragen, ob Regierungen, Unternehmen, ja ob die Demokratie als solche noch im Stande sind, die notwendigen Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Es ist jedoch möglich, diese Krise anzugehen. Hier sind fünf Schritte auf dem Weg zu einer Lösung der Krise:

Erstens brauchen wir einen Paradigmenwechsel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze in den Mittelpunkt der nationalen und internationalen Politik rückt. Wir müssen mehr Gewicht legen auf makroökonomische Stabilisierung, auf die Formalisierung bislang informeller Beschäftigungsstrukturen, auf die Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit, auf soziale Absicherung, und wir müssen die unternehmerischen Energien der Arbeitnehmer im informellen Sektor bündeln.

Zweitens ist und bleibt die Förderung von Wirtschaftswachstum ein notwendiges Mittel für wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplatzschaffung. Die Schwächung des Zusammenhangs zwischen Wachstum und der Entstehung von Arbeitsplätzen muss dabei jedoch berücksichtigt werden. Wir dürfen daher nicht einfach nur jedwede Art von Wachstum fördern, sondern müssen uns auf beschäftigungsintensives und nachhaltiges Wachstum konzentrieren. Wir müssen uns dabei nicht nur um die Weltwirtschaft, sondern auch die lokale Wirtschaft kümmern. Menschenwürdige Arbeitsplätze sind das fehlende Glied zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Armutsbekämpfung. Doch kann es dabei keine Einheitspolitik geben, die für alle Länder und Situationen angemessen ist. Die beste Politik kann im Einzelfall nur durch sozialen Dialog bestimmt werden.

Drittens müssen Wettbewerbsfähigkeit und Unternehmensgründungen gefördert werden. Gerade mittelständische Unternehmen sind der Schlüssel zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Ohne die Förderung von unternehmerischen Aktivitäten, von Innovation und Produktivität kann keine Politik zur Schaffung menschenwürdiger Arbeit erfolgreich sein. Dies setzt ein positives Klima für Investitionen - gerade auch in Humankapital - voraus.

Viertens ist die Qualifikation der Arbeitnehmerschaft in einer immer stärker globalisierten Wirtschaft entscheidend, und zwar nicht nur für den Einzelnen als Voraussetzung, einen Job zu finden, sondern auch für die Volkswirtschaften als Ganze. Wir brauchen eine gewaltige Bildungsinitiative. Dies setzt die Bereitschaft von Regierungen, Unternehmen und Individuen voraus, in schulische und berufliche Aus- und Fortbildung zu investieren. Eine Konzentration auf junge Menschen ist notwendig. Wenn die



weltweite Jugendarbeitslosenquote halbiert würde, könnte das globale Sozialprodukt um mindestens 2,2 Billionen US-Dollar gesteigert werden.

Fünftens müssen Regierungen, Unternehmen, Gewerkschaften und internationale Organisationen an einem Strang ziehen, um den Herausforderungen zu begegnen. Keiner der Akteure kann die Probleme alleine lösen. Wir brauchen eine bessere internationale Steuerung und Koordination.

Die globale Beschäftigungskrise ist eines der größten Sicherheitsrisiken, mit denen wir uns konfrontiert sehen. Wenn wir weitermachen wie bisher, besteht die Gefahr von immer mehr Protektionismus und Konfrontation zwischen den Staaten dieser Welt. Ohne ausreichende Beschäftigungschancen, Investitionen und Konsum droht sich der Gesellschaftsvertrag aufzulösen, der den demokratischen Gesellschaften zu Grunde liegt – nämlich dass alle Mitglieder der Gesellschaft am Fortschritt partizipieren. Für viele Menschen symbolisiert der Mangel an menschenwürdigen Arbeitsplätzen das Fehlen eines ethischen Kompasses in der Politik.

Es ist daher an der Zeit, dass sich die internationale Gemeinschaft an ihre Verpflichtung erinnert, soziale Integration und die Schaffung von Arbeit zu gewährleisten als Grundlage für Armutsbekämpfung und die Wahrung der Kernarbeitsrechte. Es ist an der Zeit, gemeinsam diese Verpflichtungen einzulösen. Ohne dies wird sich die globale Beschäftigungskrise nicht lösen lassen.

Nach: Internationale Arbeitsorganisation ILO, ILO News (25.01.2006)

Der vollständige ILO-Bericht "Global Employment Trends 2006" kann von der folgenden Internetseite abgerufen werden:

<http://www.ilo.org/public/english/employment/strat/download/getb06en.pdf>

Bitte berücksichtigen Sie, dass ältere Links evtl. keine Verbindung mehr zu den angegebenen Seiten herstellen.

Der vollständige Beitrag von Juan Somavia kann von der folgenden Internetseite abgerufen werden:

http://www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/aktuelles_davos.htm

Bitte berücksichtigen Sie, dass ältere Links evtl. keine Verbindung mehr zu den angegebenen Seiten herstellen.

